

Auf dem Weg zur Selbstanerkennung

Die Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren

Diskussionen über Periodisierungsprobleme gehören bekanntlich zu den historiographischen Daueraufgaben, weil die Suche nach chronologischen Wegmarken und interpretatorischen Deutungshorizonten nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die jeweilige Gegenwart und die Zukunft Richtwerte setzt. Auch wenn manches zur Epochen-grenze hochstilisierte Datum sich mit zunehmender zeitlicher Distanz und wachsendem Wissen um seine Wirkungen als weniger einschneidend als zunächst angenommen erweist, bleibt die Debatte über die prägenden Eigenschaften und das Eigengewicht von historischen Phasen dennoch ein sinnvolles Unterfangen. Auf den erkenntnistheoretischen Zusammenhang der historischen Selbstverortung von Gesellschaften mit ihrer Zukunftsorientierung hat bereits Wilhelm Dilthey hingewiesen, als er feststellte, daß das „was wir unserer Zukunft als Zweck setzen, die Bestimmung der Bedeutung der Vergangenheit bedingt“¹.

Diltheys Diktum trifft für die Zeitgeschichte als gegenwartsnahe Geschichte in besonderem Maße zu, weil die Definition von Zäsuren hier noch problematischer ist und zunächst als plausibel erscheinende Abgrenzungen sich oft als wenig dauerhaft erweisen. Dies gilt, blickt man auf das „kurze zwanzigste Jahrhundert“ (Ivan Berend) zurück, für die Zeit der beiden Weltkriege und die sie trennenden oder auch verbindenden zwei Zwischenkriegsjahrzehnte ebenso zu wie für die Epoche des „Kalten Krieges“ nach 1945. Ohne Frage war jedoch der Erste Weltkrieg der „Urknall“ in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, auf dessen politische und gesellschaftliche Verwerfungen hier ein dreißig Jahre lang währendes „Katastrophenzeitalter“ folgte². Hingegen sind die langfristigen Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten heute noch gar nicht absehbar. Doch werden die Jahre 1989/90 als globale Epochenscheide in die Geschichtsbücher eingehen: Die Geschichtsschreibung nach dieser welthistorischen Zäsur

¹ Wilhelm Dilthey, *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften*, hg. von Manfred Riedel, Frankfurt am Main 1970, S. 288f. Die folgenden Ausführungen knüpfen an Überlegungen an, die der Autor bereits anders akzentuiert zur Diskussion gestellt hat: Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 123-145.

² Diese Epochenbezeichnung wählt Eric Hobsbawm für die Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München-Wien 1995.

wird das 20. Jahrhundert „mit anderen Augen“ ansehen als zuvor und sie „muß qualitativ anders ausfallen“ als während der sieben Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts³.

Für die deutsche Geschichte markiert das Ende der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten zweifellos einen tiefen Einschnitt. Mit der Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaates ist nämlich das Denkmodell einer postnationalen Bundesrepublik ebenso obsolet geworden wie die Wunschvorstellung von einer deutsch-deutschen Verantwortungsgemeinschaft im Systemkonflikt zwischen Ost und West. Sowohl die Westrepublik als auch die DDR erwiesen sich als transitorische Grenzländer in einem geteilten Europa, deren Ortsbestimmung durch ihre Funktion als ideologische und militärische Bollwerke zweier verfeindeter Lager definiert war. Unstrittig ist weiterhin, daß bei einer historiographischen Neuvermessung der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert die doppelte Demokratieerfahrung in Weimar und Bonn sowie die doppelte Diktaturerfahrung unter nationalsozialistischen und kommunistischen Vorzeichen sorgfältiger als bisher geschehen bedacht werden muß. Denn Deutschland ist das einzige europäische Land, das im 20. Jahrhundert die beiden Extremerfahrungen von Faschismus und Kommunismus gemacht hat und zudem von diesen beiden Herrschaftsformen auch in besonderer Weise geprägt wurde. Diese Besonderheit spiegelt sich nicht nur in den aktuellen Auseinandersetzungen im vereinten Deutschland über Gedenkpolitik und Erinnerungskultur wider, sie zeichnet sich auch in den Debatten über den Charakter der deutschen Geschichte im letzten Jahrhundert durch. Dies soll im folgenden für die bundesrepublikanische Geschichte aus vergleichender Perspektive gezeigt werden.

In der Bundesrepublik begann der Diskurs über die eigene Nachkriegsgeschichte mit der Erfindung des für die Täter und Mitläufer gleichermaßen tröstlichen Topos von der „Stunde Null“, die angeblich 1945 entweder als Folge der Befreiung oder als Begleitererscheinung der Besatzung geschlagen habe. Er setzte sich mit dem Streit um die Frage „Neubeginn oder Restauration“ fort, in dem es um die Kontinuitätsproblematik zwischen Bundesrepublik und Nationalsozialismus ging. Ihm folgten Diskussionen über die Klassifizierung der Adenauer-Ära als „Periode aufregender Modernisierung“⁴ oder als Gründerjahre einer „autoritären Demokratie“⁵, bevor schließlich dem „sozialliberalen „Machtwechsel“ von 1969 die christlich-liberale „Wende“ von 1982 entgegengestellt wurde. In der DDR war die geschichtliche Selbstverortung selbstverständlich auch stets ein Politikum, da aber dort die Deutungsmacht in den Händen der Staatspartei lag, fanden keine öffentlichen Kontroversen über die Frage statt, ob mit diesem Staat wirklich ein antifaschistisches „neues Deutschland“ geboren worden sei⁶. Die vom Zentralkomitee der SED ver-

³ So Eric Hobsbawm, Die Gegenwart als Geschichte, in: ders., Wieviel Geschichte braucht die Zukunft?, München 1998, S. 288-302, Zitate S. 296 und S. 297.

⁴ So Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart 1981, S. 382.

⁵ Diesen Begriff benutzt Dietrich Thränhardt bei der Periodisierung der Ära Adenauer: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1986, S. 9.

⁶ Diese von der SED propagierte These untermauerte die Geschichtsschreibung der DDR: Ste-

ordnete marxistisch-leninistische Monotonie beim Umgang mit der deutschen Geschichte tat allerdings dem innerdeutschen Meinungsstreit über die historiographische Hegemonie der westlichen oder der östlichen Deutungen keinen Abbruch.

Verläßt man die Schlachtfelder der geschichtspolitischen Grabenkämpfe und akzeptiert man die Vielfalt und Mehrdimensionalität von zeithistorischen Periodisierungsmöglichkeiten, dann wird man für die Geschichte der Bundesrepublik sagen können, daß eindeutige Etikettierungen zumeist die Realität verfehlen. Die Bundesrepublik war in der Adenauer-Ära nicht nur restaurativ geprägt, und in der sozialliberalen Ära bestand durchaus ein Nebeneinander von Reform und Beharrung. Unbestreitbar ist, daß der Weststaat in den vier Jahrzehnten bis zur Vergrößerung durch die DDR keine dramatischen Systemkrisen und „keine bis auf die Knochen einschneidenden Zäsuren“ erlebte⁷. Dennoch verlief seine Geschichte nicht gleichförmig oder gar eintönig. Unter der Oberfläche der parteienstaatlichen und verfassungsrechtlichen Kontinuität kam es nämlich zu nachhaltigen Veränderungen im sozialen Gefüge der Republik, zum Durchbruch der „Konsumgesellschaft“, zum endgültigen Abschied von der „Agrargesellschaft“, zur schrittweisen Entfernung von der „Klassengesellschaft“. Zugleich entstanden neue Wertorientierungen, mit denen die traditionellen kulturkonservativen Vorbehalte gegenüber der industriellen Massengesellschaft abgebaut wurden. Seit der Mitte der 50er Jahre machte der Modernisierungsbegriff als wissenschaftlicher und politischer Schlüsselbegriff Karriere, bevor man sich nach dem Ende des „goldenen Zeitalters“⁸ von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder von ihm immer stärker distanzierte und seit der Mitte der 70er Jahre über die „Grenzen des Wachstums“ nachzudenken begann. Mittlerweile beherrscht die postmoderne Risikogesellschaft die Feuilletons der Zeitungen, wobei das Präfix „post“ zum viel gebrauchten Markenzeichen für Endzeitstimmungen im ausgehenden 20. Jahrhundert geworden ist⁹.

Die Tiefendimensionen dieses Einstellungswandels zwischen Modernisierungsakzeptanz, Modernisierungseuphorie und Modernisierungsskepsis sind schwer meßbar und lassen sich nicht mit bestimmten Jahreszahlen fixieren¹⁰. Was sich aus mentalitätsge-

fan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945-1949, Berlin 1959. Vgl. dazu zuletzt Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen um Charakter der DDR-Historiographie, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 349-381; Ralf Possekel, Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, in: ebda., S. 446-462.

⁷ So Hans-Peter Schwarz, Segmentierte Zäsuren 1949-1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge, in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 11-19, Zitat S. 11.

⁸ So charakterisiert Hobsbawm die Jahrzehnte zwischen 1945 und dem Ölpreisschock von 1973, die er von zwei Krisenperioden eingerahmt sieht, den drei Jahrzehnten seit dem Ersten Weltkrieg und dem weltwirtschaftlichen Krisenzyklus seit den frühen 70er Jahren: Zeitalter der Extreme, S. 324ff.

⁹ Zu den hier nur knapp skizzierten Entwicklungslinien s. jetzt Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998.

schichtlicher Perspektive als fließender Wertewandel darstellt, kann man jedoch aus politik-, sozial- und gesellschaftsgeschichtlicher Sicht klarer konturieren. So wurde dafür plädiert, „die unruhigen späten 60er und frühen 70er Jahre als zweite Gründungsperiode der Bundesrepublik zu begreifen, in der traditionelle Strukturen und Wertorientierungen in Frage gestellt und einer zivilen Gesellschaft zum Durchbruch verholfen“ worden sei¹¹. Auch wenn man die Zeit der Großen Koalition und die Anfangsjahre der sozialliberalen Ära weniger stark heraushebt und sie nicht zu einer zweiten bundesrepublikanischen Sattelzeit stilisiert, verdichteten sich an der Wende zu den 70er Jahren viele Veränderungsimpulse, die während der 60er Jahre entstanden und auch schon partiell zum Durchbruch gekommen waren. Dieses Jahrzehnt kann man daher als das Jahrzehnt der gesellschaftlichen Gärung und der politischen Neuorientierung charakterisieren.

Die These vom Umbruchcharakter der 60er Jahre läßt sich aus verschiedenen Perspektiven begründen. Für den Bereich der internationalen Beziehungen vollzieht sich in diesem Zeitraum der Prozeß der außenpolitischen Selbstanerkennung der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der weltpolitischen Klimaveränderungen in den 60er Jahren. Hier war es nach der Berlin- und Kuba-Krise, den letzten und gefährlichsten „Krieg-in-Sicht-Krisen“ des Kalten Krieges, zu einem kooperativen Bilateralismus der beiden Supermächte gekommen, der zwar nicht das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutete, wohl aber eine Entdramatisierung der direkten militärischen Konfrontation durch gemeinsame Entspannungsbemühungen¹². Diese beinhalteten neben rüstungspolitischen Komponenten auch die Anerkennung des politischen Status quo zwischen den westlichen Demokratien und den Staaten des Ostblocks an der Systemgrenze zwischen Mittel- und Ostmitteleuropa und damit auch die endgültige Akzeptanz der deutschen Zweistaatlichkeit in Washington und Moskau. Sieben Jahre nach der Betonierung der Berliner Sektorengrenzen und der Befestigung der deutsch-deutschen Grenze durch das SED-Regime erfuhren die polnischen und tschechischen Dissidenten, wie wenig Spielraum für Systemkorrekturen innerhalb des von der Sowjetunion kontrollierten Lagers bestand. Im Jahr 1968, in dem die Panzer der Warschauer Paktstaaten in Prag den Reformkommunismus überrollten,

¹⁰ Vgl. dazu ausführlich Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und 'Zeitgeist' in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Paul Nolte, *Der Verlust der Utopie und die wiedergefundene Mitte. Vorstellungen sozialer Ordnung in der westdeutschen Gesellschaft (1945-1965)*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA) H.20* (1998), S. 298-332.

¹¹ So Bernd Faulenbach in seinem einführenden Beitrag zu dem von Inge Marßolek und Heinrich Potthoff herausgegebenen Tagungsband: *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Essen 1995, S. 9. Ähnlich argumentierte Helga Grebing, die in die Zeitspanne der Großen Koalition „die zweite Gründung der Bundesrepublik“ legte: *Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus*, Mannheim 1993, S. 70.

¹² Vgl. dazu etwa Eckart Conze, *Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 269-282.

war auch die Systemstabilität der westlichen Demokratien einer Belastungsprobe ausgesetzt. Ihre politischen Strukturen wurden durch die von Berkeley über Paris bis Berlin aufbrandenden Studentenunruhen erschüttert, aber nicht zerstört. Diese Bewährung der Demokratie in der Bundesrepublik wurde zu einem gesellschaftspolitischen Eckstein ihrer inneren Anerkennung.

Die nationalpolitische Resonanz in der Bundesrepublik auf den amerikanisch-sowjetischen Schritt zur rationalen Konfliktsteuerung und zur globalen Koexistenz von zwei ideologischen Blöcken, deren Grenzen quer durch Deutschland verliefen, war zwiespältig. In der CDU/CSU standen die vom Antinationalisten Adenauer angeführten Anhänger einer supranationalen Westverflechtung der Bundesrepublik gegen die Wortführer der Vertriebenenverbände und andere nationale Traditionalisten, die Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht verlassen wollten. Beide Gruppen beschworen den Provisoriumscharakter der Bundesrepublik und billigten der DDR nur den schemenhaften Charakter eines „Phänomens“ zu. In der SPD verabschiedete man sich seit 1960 vom Kampf gegen die Westbindung der Bundesrepublik, pflegte aber weiterhin mit den Repräsentanten der Union, der FDP und der Gewerkschaften im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ den Kult um den verlorenen Nationalstaat¹³.

Parallel zu dieser rückwärtsgewandten Politik entwickelten die Sozialdemokraten im Berliner Umfeld von Willy Brandt nach dem Schock des Mauerbaus von 1961 ein neues deutschlandpolitisches Paradigma, das Egon Bahr 1963 in seiner berühmt gewordenen Tutzingener Rede in der Formel „Wandel durch Annäherung“ auf den Begriff brachte¹⁴. Die operative Umsetzung dieser ost- und deutschlandpolitischen Neuorientierung begann bekanntlich in der Regierungszeit der Großen Koalition und mündete am Beginn der 70er Jahre in der Vertragspolitik der sozialliberalen Regierung, die den Status quo, den die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 festgeschrieben hatte, akzeptierte und nach Wegen für ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten suchte, um die Zementierung der Zweistaatlichkeit wenigstens im zwischenmenschlichen Bereich zu verhindern.

Mit der sozialliberalen Ostpolitik, die Impulse der Großen Koalition konsequent fortführte, ist zweifellos eine Neuorientierung der bundesrepublikanischen Außenpolitik eingeleitet worden. Sie wandte nun den gegenüber den westlichen Siegerstaaten bereits längst praktizierten Aussöhnungsgedanken auch auf die kommunistisch regierten Länder des Ostblocks an und gab den in der Hallstein-Doktrin seit 1955 festgeschriebenen Alleinvertretungsan-

¹³ Vgl. dazu Edgar Wolfrum, Der Kult um den verlorenen Nationalstaat in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre, in: *Historische Anthropologie* 5 (1997), S. 83-114; s. auch ders., *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/98 vom 30. Oktober 1998, S. 3-15.

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 59ff.

spruch auf. Das durch die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag geknüpft Netz, das auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarstaaten zielte, ordnete sich in den Kontext der internationalen Entspannungsbemühungen ein und setzte in seinen deutschlandpolitischen Komponenten eigene Akzente. Denn hier sollte die Anerkennung des Status quo vor allem ein Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten verhindern und eine Entkrampfung der innerdeutschen Beziehungen bewirken. Man wollte, wie Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 betonte, „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander kommen“¹⁵.

Auch wenn es nicht zu der erhofften politischen Liberalisierung in der DDR kam, ist unbestritten, daß die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition wichtige Schrittmacherdienste im internationalen Entspannungsprozeß leistete und zugleich die innerdeutschen Diskussionen über die nationale Frage anders akzentuierte. Die de facto Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit stellte das beziehungsgeschichtliche Verhältnis der Bundesrepublik und der DDR auf ein neues Fundament. Im Westen verblaßte das in den 50er Jahren politisch und symbolisch propagierte und gepflegte Bild vom unteilbaren Deutschland, während für die DDR-Bürger die durch den Mauerbau unerreichbar gewordene Bundesrepublik nun durch Besuchs- und Reisekontakte als Vergleichsgesellschaft wieder näher rückte. Doch dieses asymmetrische gegenseitige Interesse führte schließlich zu komplizierten wechselseitigen Wahrnehmungs- und Nichtwahrnehmungsverhältnissen. Vereinfacht gesagt: Die Bewohner Leipzigs oder Rostocks wußten mehr über München oder Hamburg als die Bewohner Hamburgs und Münchens über die Rostocker und Leipziger. Die westdeutsche Entfremdung von der DDR ging einher mit dem Entstehen eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins, das sich nicht mehr an alten nationalen Grenzen oder einer bis zum Bismarckreich zurückprojizierten Identität der Deutschen orientierte. Das bundesrepublikanische Staatsbewußtsein konkretisierte sich vielmehr in dem Begriff „Verfassungspatriotismus“ und wollte zugleich in der Formel von der deutsch-deutschen „Verantwortungsgemeinschaft“ eine innerdeutsche Brücke zur DDR bauen¹⁶. Die Trauerarbeit um den verlorenen Nationalstaat, die in den 50er Jahren in vielfältigen Gedenkformen am 17. Juni ihren Höhepunkt erreicht hatte, reduzierte sich auf eine Feierstunde im Bundestag, auf die 1968 die Große Koalition sogar bewußt verzichtete¹⁷; aus gesamtdeutschen Olympiamannschaften wurden sportliche Gegner, die

¹⁵ So in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 vor dem Bundestag; abgedruckt in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 329.

¹⁶ Den Begriff „Verfassungspatriotismus“ entwickelte Dolf Sternberger. Vgl. dazu Günther Behrmann/Siegfried Schiele (Hg.), Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung?, Schwalbach 1993.

¹⁷ Die Parteien der Großen Koalition hatten sich sogar auf eine Kabinettsvorlage geeinigt, die eine Streichung des 17. Juni als Feiertag vorsah; 1969 erstattete an diesem Tag erstmals der Bundeskanzler im Bundestag den „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Vgl. dazu ausführlich Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89), in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 382-411.

erstmal 1972 in München mit eigenen Flaggen und Hymnen auf Medaillenjagd gingen; aus dem Staatsprovisorium Bundesrepublik wurde die Bonner Republik mit einem institutionell und politisch gefestigten Eigenbewußtsein als westliche Demokratie.

Die Abkehr von einer symbolischen oder sportlichen Ritualisierung der Reichsnation und die parallele Hinwendung zur intellektuellen und politischen Selbstanerkennung der Bundesrepublik vollzog sich nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in den Debatten von Publizisten und Wissenschaftlern. Zu diesem auch generationell bedingten Bewußtseinswandel trugen jüngere Historiker ebenfalls bei, die sich im Kontext der Fischer-Kontroverse vom wilhelminischen Kaiserreich als positiver Bezugsgröße lösten und die Geschichte des von Bismarck begründeten Nationalstaates als einen deutschen Sonderweg in der Moderne interpretierten. Mit diesem historiographischem Paradigmenwechsel lockerte sich zugleich der enge Schulterschuß zwischen Konservativismus und Geschichtswissenschaft; es entstanden neue geschichtspolitische Bündnisse und veränderte wissenschaftliche Fragestellungen, in denen emanzipatorische Aspekte der deutschen Geschichte eine größere Rolle spielten und ihre Erforschung nicht mehr nur den Außenseitern der Zunft überlassen wurde.

Gleichzeitig zerbrach in den 60er Jahren der Konsensus des Verdrängens und Vergessens, wenn es um die nationalsozialistische Erblast der Bundesrepublik ging. Vor dem Hintergrund des Eichmann-Prozesses in Jerusalem und des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt veränderte sich die westdeutsche Vergangenheitspolitik fundamental und begannen die Auseinandersetzungen zwischen Vätern und Söhnen, in denen die Nachgeborenen ihr Privileg der späten Geburt manchmal mit großer Selbstgerechtigkeit für sich in Anspruch nahmen. In diesen Kontext der nun einsetzenden Konfrontation der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit ihrer unmittelbaren Vorgeschichte gehören ebenfalls die Verjährungsdebatten des Bundestages zwischen 1960 und 1970 sowie die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen, die von der 1959 eingerichteten Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen nunmehr energisch vorangetrieben wurde. Damit war auch das justizielle Verdrängen und Vergessen durchbrochen, das in den 50er Jahren das Fundament für die nachnationalsozialistische Solidargemeinschaft der Täter und Mitläufer in Wirtschaft und Politik gewesen war¹⁸.

Dieser wenigstens partielle Abschied von der während der Adenauer-Ära geübten Discretion über das „Dritte Reich“ hing auch mit einem administrativen Kontinuitätsbruch während der 60er Jahre zusammen, der von einem Generationswechsel in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen ausgelöst wurde. Hatte sich im ersten Jahrzehnt der Re-

¹⁸ Vgl. dazu Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Peter Graf Kielmansegg, *Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989; Klaus Schönhoven, *Die diskreditierten Deutschen. Reden und Schweigen über den Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland*, in: *Mitteilungen. Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim* 39 (1990), S. 13-20.

publik die korporative Selbstbehauptungskraft der bürokratischen Eliten so gut wie ungebrochen behauptet, so rückte jetzt Schritt für Schritt eine neue Generation von Führungskräften in den Behördenapparat ein, deren politische und professionelle Sozialisation nicht mehr während der NS-Zeit, sondern in der Nachkriegszeit erfolgt war. Der alte Korpsgeist und die obrigkeitsstaatlich geprägte Mentalität der deutschen Verwaltungseliten, ihre informellen Netzwerke in den Ministerien und ihre Mechanismen der Selbstrekrutierung lockerten sich. Seit den späten 60er Jahren durchliefen die öffentlichen Verwaltungen in der Bundesrepublik dann „einen epochalen Struktur- und Funktionswandel“¹⁹, in dem sich einerseits die Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im Bildungssystem widerspiegeln und der andererseits in einer Demokratisierung der westdeutschen Funktionselemente mündete.

Nicht nur in den Reihen der Verwaltungsbeamten vollzog sich ein generationeller Wechsel, sondern praktisch in allen gesellschaftlichen Führungssegmenten: in den Schulen und Universitäten, in den Vorständen der Banken, Versicherungen und Wirtschaftsunternehmen, in den Führungsetagen der Gewerkschaften und anderer Interessenverbände, in den Parlamenten und in den Regierungen des Bundes und der Länder. Nun traten nicht nur die letzten Repräsentanten einer noch während der Weimarer Republik geprägten Politikergeneration ab, auch die Sozialkohorte der um die Jahrhundertwende Geborenen ging jetzt in den Ruhestand. Auf sie folgten Verbandsfunktionäre, Vorstandsmitglieder, Parteiführer und Parlamentarier, die Hitlerjugend und Wehrmacht als Sozialisationsinstanzen durchlaufen hatten oder in Widerstand und Exil ihre politischen Grunderfahrungen geformt hatten. Gemeinsam war dieser Generation, daß sie während der NS-Zeit erwachsen geworden war und nach Kriegsende als Zwanzig- bis Dreißigjährige neuen Boden unter den Füßen finden mußten.

Der Umbruchcharakter der 60er Jahre ist auch aus sozial- und gesellschaftsgeschichtlicher Sicht deutlich zu erkennen. In den „langen 50er Jahren“²⁰ der ökonomischen Prosperität war nämlich für viele Menschen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit Mangel, Unsicherheit und Not im Übermaß erfahren hatten, „ein Stück vom besseren Leben in Reichweite“ gekommen²¹. Zwar blieb die Ungleichheit zwischen den Erwerbsklassen be-

¹⁹ So Michael Ruck, Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 67-112, Zitat S. 95; der erste Teil dieses Besprechungsaufsatzes, der die Forschungsbefunde der letzten Jahre bündelt und bewertet, ist erschienen in: Neue Politische Literatur, 42 (1997), S. 200-256; siehe ebenfalls Michael Ruck, Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972, München 1996. Vgl. dazu auch die Beiträge von Axel Schildt, Dirk van Laak, Ulrich Herbert und Michael Ruck in dem von Wilfried Loth und Bernd-A. Rusinek herausgegebenen Sammelband: Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main 1998.

²⁰ Diesen Begriff prägte der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser in seinem Buch: Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, Düsseldorf 1987; ihm schloß sich Knut Borchardt an: Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Phasen?, in: Broszat, S. 21-33.

stehen und es entstand keine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“, wie der Soziologe Helmut Schelsky prognostiziert hatte, aber es kam doch zu einem fundamentalen Wandel der Lebensformen und Lebenschancen. Diesen „sozialgeschichtlichen Kontinuitätsbruch“²² kann man an der Berufsstatistik ablesen – zwischen 1960 und 1970 schrumpfte die Zahl der Arbeiter in der Bundesrepublik um ein Drittel – und man kann ihn mit den Daten über die Verbreitung von Massenkonsumgütern belegen. In den 60er Jahren verdreifachte sich die Quote der autofahrenden Arbeiter und vervierfachten sich die Teilnehmerzahlen des Fernsehens. Dies trug zur Überwindung von räumlicher Enge und zu einer Veränderung des Freizeitverhaltens bei, zur Angleichung von Lebensstilen und zur Anpassung des familiären Alltags an den Rhythmus von Tagesschau und Sportschau.

Die Veränderung von alltäglichen Lebens- und Verhaltensweisen und die Lockerung von Bindungen an überkommene Sozialmilieus und ihre Deutungskulturen gingen Hand in Hand. In die 60er Jahre fällt nicht nur das definitive Ende der alten Arbeiterbewegung und ihrer vielgestaltigen Vereinskultur, gleichzeitig kam auch die katholische Gruppenkultur in den kirchlichen Vorfeldorganisationen in eine Phase des Umbruchs und der partiellen Auflösung. Weder die sozialdemokratische noch die konfessionelle Milieutradition, die seit dem Sozialistengesetz und dem Kulturkampf aufgebaut und nach der Verbotsphase des Nationalsozialismus in beiden Lagern wiederbelebt worden war, hielt den nun anbrechenden „modernen Zeiten“ stand. Katholizismus und Sozialismus, Kirche und Arbeiterbewegung wurden gleichermaßen von den Kräften der strukturellen und kulturellen Modernisierung erfaßt, die traditionelle Bindungen buchstäblich entfesselten und die Entkirchlichung des politischen Katholizismus und die Entideologisierung der Sozialdemokratie vorantrieben. Das Ergebnis war eine soziale Pluralisierung der Parteien, die sich an ihren Mitgliederstatistiken und an ihrer öffentlichen Präsentation auf Parteitag und in Wahlkämpfen ablesen läßt. Die sozialhistorische Zeitgeschichtsforschung hat die Feinstrukturen dieser Prozesse, in denen sich politische Prägungen veränderten und soziale Lagergrenzen durchlässiger wurden, erst ansatzweise erforscht. Für die Sozialdemokratie läßt sich jedenfalls sagen, daß der vielzitierte „Genosse Trend“ nun nicht mehr nur den „Blaumann“, sondern auch Anzug und Krawatte trug²³.

²¹ So Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrbergarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin 1985, S. 19-52, Zitat S. 44. Michael Wildt datiert den Beginn der „Konsumgesellschaft“ auf das Ende der 50er Jahre: Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangelserfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994.

²² So Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt 1984, S. 228.

²³ Ein Fazit aus den vorliegenden Forschungen zieht Klaus Tenfelde, Historische Milieus - Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling und Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland, München 1996, S. 247ff.; s. auch ders., Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, Bonn 1998; aus parteigeschichtlicher Perspektive s. Klaus Schönhoven, Sozialdemokratie im Wandel. Selbstverständnis und Sozialstruktur der

Für die bundesrepublikanische Parteiendemokratie waren die 60er Jahre also eine Scharnierzeit, in der sich alte Bündniskonstellationen zunächst auflockerten, um dann neuen Regierungsmehrheiten Platz zu machen. Diese Inkubationsphase zwischen der christdemokratischen und der sozialdemokratischen Vorherrschaft in Bonn verlief nicht ohne politische Turbulenzen, wie beispielsweise die Renaissance des Rechtsradikalismus während der Wirtschaftsrezession in der Mitte des Jahrzehnts zeigt. Nach der langen politischen Stabilitätsperiode unter dem Patriarchat Adenauers befand sich die Republik nun in einer neuen formativen Phase, in der es keine festgefühten Koalitionen mehr gab, sondern alternierende Konstellationen zwischen den drei im Bundestag noch vertretenen Parteien.

Manche beunruhigten Zeitgenossen befürchteten eine Wiederkehr der instabilen Weimarer Regierungsverhältnisse, weil auf die fast anderthalb Jahrzehnte lange Kanzlerschaft Adenauers in nur sechs Jahren mit Erhard, Kiesinger und Brandt drei biographisch und politisch grundverschieden geprägte Bundeskanzler folgten. Politikwissenschaftler prognostizierten damals – mit Blick auf den Gemeinsamkeitskurs von CDU und SPD seit dem Beginn der 60er Jahre – das Ende des Parteienstaats²⁴; die Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 als konkordanzdemokratisches Bündnis der beiden mächtigen Volksparteien schien ihre Prognosen zu bestätigen. Widerhall fanden ihre Thesen bei der „Außerparlamentarischen Opposition“ in den Hochschulen, die den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu einer Entscheidungsschlacht um die Zukunft der Demokratie dramatisierte und die Gewerkschaften für einen Massenstreik motivieren wollte. Allerdings kam es nicht zu einem Kampfbündnis von „Arbeitern der Stirn und der Faust“, weil die Ziele beider Seiten zu verschieden und die soziale Distanz zwischen den angehenden Akademikern und den gestandenen Gewerkschaftern zu groß war²⁵.

Man kann also die 60er Jahre auch als ein Jahrzehnt der Verunsicherung und der Veränderung charakterisieren, in dem Staat und Gesellschaft aus dem Gehäuse des „hochtechnisierten Biedermeiers“²⁶ herauswachsen und in dem die Dauerherrschaft der Unionsparteien in Bonn zu Ende ging. Das Kartell der Großen Koalition setzte zwar zeitweise die parlamentarischen Spielregeln der Bonner Republik außer Kraft und stellte das Systemvertrauen der Intellektuellen auf eine schwere Belastungsprobe. Zugleich war sie aber ein mächtiges Reformbündnis von christlichen und sozialdemokratischen Sozialpolitikern,

SPD in den sechziger und frühen siebziger Jahren, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 158-167.

²⁴ Vgl. dazu Klaus Schönhoven, *Unbehagen an der Bonner Demokratie. Ein Rückblick auf die politikwissenschaftliche Diskussion in den sechziger Jahren*, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie*. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 338-353.

²⁵ Vgl. dazu Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958-1968*, Bonn 1986.

²⁶ So hat Richard Löwenthal die späten 50er Jahre bezeichnet. Vgl. seinen Prolog „Dauer und Verwandlung“ in dem von ihm und Hans-Peter Schwarz herausgegebenen Jubiläumsband: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik - eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 14.

das den Anstoß für eine Reihe von Strukturreformen gab²⁷, und sie war ein wirtschaftspolitisches Modernisierungsbündnis, in dem Etatismus, Korporatismus und Keynesianismus zusammengebündelt wurden, um einen „Aufschwung nach Maß“ in einem Mischsystem von Markt und Plan zu bewerkstelligen.

Blickt man in diesem Zusammenhang über die Systemgrenzen zwischen Ost und West hinweg, so lassen sich durchaus vergleichbare ökonomische Reformimpulse in östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik erkennen, auch wenn hier die langen Schatten der stalinistischen Repression noch weiterwirkten. Die Notwendigkeit von ökonomischen Reformen, mit denen das administrative zentralistische Planmodell marktwirtschaftlich ergänzt werden sollte, diskutierte man in den Führungszirkeln der DDR bereits in den frühen 60er Jahren. Die Phase des „Neuen Ökonomischen Systems“ kam allerdings aus den Kinderschuhen nicht heraus und wurde bereits 1965 wieder abgebrochen. Einen entscheidenden Schritt weiter gingen dann die Prager Reformkommunisten, als sie auf den engen Zusammenhang von Wirtschaftsreformen und einer Pluralisierung und Demokratisierung der staatssozialistischen Gesellschaften hinwiesen. Ihr Denkmodell eines „demokratischen Kommunismus“ stellte jedoch das Primat der Partei in Frage und war – auch aus außenpolitischen Gründen – für die sowjetische Hegemonialmacht nicht akzeptabel. Der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR im August 1968 beendete nicht nur den Prager Frühling gewaltsam, sondern zeigte auch die Grenzen für eine Liberalisierung des „Realsozialismus“ auf. Für Reformen existierte dann in der Ära Breshnew kein ausreichender Spielraum mehr. Man scheute die Risiken der inneren Entspannung und stellte damit – wie sich zwei Jahrzehnte später zeigen sollte – die Weichen für den eigenen Untergang.

In der Bundesrepublik lösten die Prager Augustereignisse von 1968 politische und ideologische Irritationen aus, weil mit ihnen die Hoffnungen auf einen osteuropäischen „Völkerfrühling“ ebenso verwelkten wie die Vorstellungen, die eine Konvergenz der Systeme des Kapitalismus und des Kommunismus prognostiziert hatten. Doch kam es nicht zu einem Rückschlag auf dem eigenen Reformweg. Im Kontrast zur Disziplinierung der Staaten des Ostblocks vollzog sich in der Bundesrepublik vielmehr eine Fundamentalpolitisierung der Gesellschaft, deren Auswirkungen man als eine „Einbürgerung der Demokratie“ charakterisiert hat²⁸. Auf der Ebene der parlamentarischen Machtverhältnisse in Bonn spiegelte sich dieser Prozeß in der Neujustierung der Koalitionsbeziehungen in der sozialliberalen Koalition wider. Dieser Rollentausch zwischen den Unionsparteien, die nun auf den Oppositionsbänken Platz nehmen mußten, und den Sozialdemokraten, die

²⁷ Dies betont mit Nachdruck Hans Günter Hockerts, *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats*, in: Broszat, S. 35-45.; s. auch den vom ihm herausgegebenen Sammelband: *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998.

²⁸ So Wolf Dieter Narr, *Die Einbürgerung der Demokratie. Der Wandel der politischen Kultur durch gewaltfreien Protest*, in: Michael Buckmiller und Joachim Perels (Hg.), *Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik*. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover 1998, S. 164-173.

die Führung der Regierung übernahmen, markierte aus politikwissenschaftlicher Sicht nicht nur die Rückkehr zur Konkurrenzdemokratie zwischen den stimmstärksten Parteien, sondern auch den Beginn der bundesrepublikanischen Normalität als westliche Demokratie mit alternierenden Regierungskonstellationen.

Der Regierungswechsel zur sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 war jedoch kein „Machtwechsel“, wenn man ihn im Kontext der hier angesprochenen demokratischen Normalisierung nach der Adenauer-Ära beleuchtet. Während der 60er Jahre hatte nämlich auch die Polarisierung der politischen Kräfte in einen „Bürgerblock“ und einen „Sozialistenblock“ an Plausibilität verloren, weil lagerspezifische Deutungsmuster aufgegeben und die strukturellen Grundlagen der sozialen Milieus erodiert waren. An die Stelle der antagonistischen Parteienkonfrontation war ein weitgehend entideologisierte Pragmatismus getreten, der Koalitionsbildungen zwischen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen in unterschiedlichen Konstellationen in Bund und Ländern möglich machte. Alle Wege des Sozialismus führten nun nicht mehr nach Moskau, wie die CDU 1953 im Wahlkampf behauptet hatte, und die Sozialdemokraten hatten ihren Frieden mit der Westintegration der Bundesrepublik geschlossen. Die nun oft beschworene „Gemeinsamkeit aller Demokraten“ mündete jedoch nicht in einer „formierten Gesellschaft“, wie es Ludwig Erhard vorschwebte, als er das Ende der Nachkriegszeit während seiner Kanzlerschaft erreicht sah. Diese rückwärtsgewandte Konzeption, die in vielerlei Hinsicht an die Volksgemeinschaftsideologie des Nationalsozialismus erinnerte, verschwand ebenso schnell wie dieser Kanzler ohne festen Parteirückhalt.

Dies war ein weiteres Indiz dafür, daß sich während der 60er Jahre ein politisch-kultureller Einstellungswandel in der Bevölkerung hin zu einem pluralistischen und partizipatorischen Demokratieverständnis vollzog, dessen antiautoritäre Pendelausschläge in der Studentenbewegung spektakulär widerhallten. Sie war jedoch nur ein Segment einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation, deren vielfältige sozio-kulturelle Impulse sich dann in der Aufbruchstimmung beim Start der sozialliberalen Koalition bündelten. Wenn man die Unruhen an den deutschen Hochschulen in den historischen Kontext dieses Umbruchjahrzehnts einbettet, wird man sie als ein radikales Ferment im Prozeß der Selbstanerkennung der Bundesrepublik als westliche Demokratie deuten müssen. Die studentische Protestbewegung stellte das politische Repräsentationsmonopol der etablierten Parteien in Frage, wollte die bestehenden Sozial- und Herrschaftsstrukturen umwälzen und stützte sich ideologisch auf eine marxistisch inspirierte Kapitalismus- und Gesellschaftskritik, die in der Hochzeit des Kalten Krieges in der Bundesrepublik tabuisiert worden war. Doch die nachholende Rezeption der marxistischen Klassiker durch die Kritische Theorie versandete ebenso wie der außerparlamentarische Sturmlauf der 68er. Diese endeten in der sozialliberalen Ära entweder im Abseits des Terrorismus oder wurden als Jungakademiker im Bildungssystem oder von den politischen Parteien absorbiert.

Nochmals ist jedoch an dieser Stelle auf internationale Zusammenhänge zu verweisen. Die Ausweitung der Studentenzahlen im Zuge der zu Beginn der 60er Jahre eingeleiteten Bildungsexpansion, das Entstehen einer inneruniversitären Reformbewegung, die für den Abschied von der Ordinarienuniversität und eine Demokratisierung der Hochschulen eintrat, sowie die politische Radikalisierung der Studentenproteste in den späten 60er Jahren waren keine auf die Bundesrepublik beschränkte Sonderentwicklung. Das Jahr 1968 wurde zum Symboljahr einer ganzen Studentengeneration, deren doppelte generationelle Identität als „Kriegs- und Konsumkinder“ sich in einer eigenen Jugendkultur ebenso widerspiegelte wie in ihrer weltweiten Kritik am Kapitalismus und ihrer eindeutigen Parteinahme für die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Asien oder Afrika²⁹.

Das deutsche Spezifikum dieser studentischen Internationale war jedoch, daß sie in der Bundesrepublik die Anpassungsprobleme der westdeutschen Gesellschaft und ihre historischen, ökonomischen und politischen Dimensionen zur Systemkrise dramatisierte und dabei die traditionellen Schranken zwischen Öffentlichkeit und Privatheit bewußt durchbrach. Die demonstrative Politisierung von institutionellen Räumen in Schule und Universität, die Enttabuisierung von familiären Binnensphären und von Geschlechterdifferenzen, aber auch die Moralisierung der Politik jenseits des von Parteien und Verbänden verkörperten Pragmatismus waren Impulse der 68er Studentenbewegung, die dann im Aufkommen neuer sozialer Bewegungen – von der Frauen- bis zur Ökologiebewegung – seit den 70er Jahren nachhallten.

Mittel- und langfristig bewirkte der studentische Protest jedoch weder eine „Kulturrevolution“, wie konservative Kassandrarufer glauben machen wollten, noch einen Systembruch, wie ihn die radikalen Protagonisten der Studentenbewegung sich erhofft hatten. Allenfalls beschleunigte der direktdemokratische Aktionismus der Außerparlamentarischen Opposition die Politisierung von bis dahin vorpolitischen Räumen. Die Liberalisierung der alltäglichen Lebensweisen über Milieugrenzen hinweg und die Auflockerung von normativen Traditionsbeständen in Staat, Kirchen und Familien waren generell das charakteristische Signum der 60er Jahre, in denen sich das politische Gefüge der Bundesrepublik neu austarierte. Am Ende dieses Jahrzehnts des Auf- und des Umbruchs war sie zu einer pluralistischen westlichen Demokratie mit zivilgesellschaftlichen Werthorizonten geworden.

²⁹ Vgl. dazu jetzt aus international vergleichender Perspektive Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; s. auch Wolfgang Kraushaar (Hg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, 3 Bde., Hamburg 1998.